



Aussendung

OFFENER BRIEF AN LANDESRAT WILLIBALD EHRENHÖFER

Bündnis Soziale Steiermark: Wer im Sozialbereich kürzt, beschneidet Chancen und Menschenrechte

UT: Soziale Infrastruktur ist keine Verfügungsmasse

Graz, am 13.05.2026. Mit einem offenen Brief reagiert das Bündnis Soziale Steiermark (BSS) auf die Aussage von Landesrat Willibald Ehrenhöfer im Interview in der *Kleinen Zeitung* vom 3. Mai 2026, wonach u.a. bei den Sozialausgaben überflüssiger Speck wegzuschneiden sei.

Sehr geehrter Herr Landesrat,

wir – das Bündnis Soziale Steiermark – stehen für 170 Organisationen, 25.000 Beschäftigte und 165.000 betreute Menschen. Wir vertreten jene soziale Infrastruktur, die täglich die gesellschaftliche Stabilität des Landes sichert.

Mit ihrer Wortwahl unterstellen Sie, dass die Sozialausgaben des Landes ohne weiteres beschnitten werden können. Wir möchten dieser Sichtweise entschieden widersprechen, denn sie wird der Realität sozialer Arbeit nicht gerecht. Die Betreuung und Unterstützung von behinderten oder psychisch kranken Menschen, von in Notlage geratenen Kindern und Jugendlichen und deren Familien sind kein Speck, den man so einfach „wegschneiden“ kann. Diese Unterstützungsleistungen sind Teil der kritischen Infrastruktur des Landes und ein Fundament des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Und sie sind nicht zuletzt eine zentrale staatliche Aufgabe, die sich aus der Bundesverfassung, aus Bundesgesetzen und zahlreichen, von Österreich ratifizierten Konventionen und Verträgen ergibt.

Durch ausgabenseitige Kürzungen von Sozialleistungen werden die Probleme von Menschen weder kleiner, noch verschwinden sie. Die Kosten und Probleme tauchen an anderer Stelle wieder auf, z.B. im Gesundheitsbereich, in der Arbeitslosigkeit oder bei Polizei und Justiz. Der Abbau konkreter Leistungen führt zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten. Wer soziale Arbeit als „wegschneidbaren Speck“ rahmt, verschiebt sie aus dem Bereich notwendiger staatlicher Aufgaben in jenen vermeintlicher Optionalität und verkennet damit ihre Funktion als Grundlage von Teilhabechancen und Menschenrechten.

Das Bündnis Soziale Steiermark fordert daher eine sachliche Einordnung sozialer Dienstleistungen in der öffentlichen Kommunikation. Denn es gilt: Soziale Dienst- und Hilfeleistungen sind kein bloßer Kostenfaktor, sondern eine Investition in Stabilität, Sicherheit und die Zukunft eines wettbewerbsfähigen Standortes. Und übrigens: Die Sozialwirtschaft mit ihren 25.000 Beschäftigten trägt nicht unwesentlich zum Steueraufkommen und privatem Konsum bei, liefert Sozialversicherungsbeiträge ab und sorgt für Aufträge an heimische Betriebe.

Mit freundlichen Grüßen
Bündnis Soziale Steiermark



Dr. Thomas Driessen – Sozialwirtschaft Steiermark. Menschen mit Behinderung.

Dr. Günter Klug – Psychosoziale Dienste Steiermark – Dachverband der
sozialpsychiatrischen Vereine und Gesellschaften

Uli Reimerth – Dachverband steirischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen

Christine Withalm – Arbeit Plus – Soziale Unternehmen Steiermark

Norbert Schunko – Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA)

BÜNDNIS SOZIALE STEIERMARK

office@soziale-steiermark.at

www.soziale-steiermark.at

Über das Bündnis Soziale Steiermark

Das Bündnis Soziale Steiermark (BSS) ist ein Zusammenschluss von vier Dachverbänden sozialer Dienstleister und der GPA – Gewerkschaft der Privatangestellten.

Gemeinsam vertreten wir:

170 Organisationen

25.000 Beschäftigte

165.000 betreute Menschen

Das Bündnis Soziale Steiermark steht für Unternehmen und Betriebe sozialer Dienstleister, die im öffentlichen Auftrag handeln.

Das unverzichtbare Wirken der in den Dachverbänden organisierten Einrichtungen ist gesetzlich wie vertraglich abgesichert und bildet das Rückgrat einer sozialen, funktionierenden Steiermark. Das Bündnis steht für Qualität, Professionalität und Verlässlichkeit und für eine Steiermark, die niemanden zurücklässt.

Rückfragen:

Koordinationsstelle Bündnis Soziale Steiermark

w: <https://www.soziale-steiermark.at/>

m: +43 650 28 06 227

e: office@soziale-steiermark.at